

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 6

Artikel: UdSSR-Wirtschaft 70 : im Zwielficht der sowjetischen Planberichte
Autor: Schmidt, Ernö
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092558>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Zwielficht der sowjetischen Planberichte

UdSSR-Wirtschaft 70

1970 läuft in der Sowjetunion der Fünfjahresplan ab, der erste, für den die Führung nach Chruschtschew vollumfänglich verantwortlich zeichnet. Während die sowjetischen Rüstungsanstrengungen zunehmen und ihre politischen Auswirkungen nicht nur im Nahen und Fernen Osten, sondern auf der ganzen Welt haben, ist die normale wirtschaftliche Entwicklung ebenso schwerfällig und störanfällig geblieben wie zur Zeit Chruschtschews, dem man auf diesem Gebiet nicht eingehaltene Versprechen vorwirft. Die offiziellen Berichte über die Planerfüllung von 1969 liegen vor. Sie lassen erkennen, dass die für 1970 gesteckten Ziele nicht erreicht werden.

Das auch heute noch gültige Parteiprogramm der KPdSU vom Oktober 1961 prophezeite für alle sozialistischen Länder, darunter natürlich auch für die Sowjetunion, einen «allgemeinen stetigen wirtschaftlichen Aufschwung» für die sechziger Jahre. Diese optimistische Voraussage haben die Ereignisse der vergangenen zehn Jahre nicht bestätigt. Der mit grossem Propagandaaufwand eingeleitete Siebenjahresplan (1959—1965) der UdSSR musste für die letzten zwei Jahre abgebrochen und durch einen neuen Zweijahresplan ersetzt werden. Nicht viel besser ging es auch dem gegenwärtigen Fünfjahresplan (1966—1970), der bereits nach einer zweijährigen Laufzeit für die letzten drei Jahre (1968—1970) ebenfalls abgeändert wurde.

Wachstumsrate verlangsamt

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, dass die wirtschaftlichen Ergebnisse des Jahres 1969 nicht zufriedenstellend ausgefallen sind.

Nach dem Planbericht der Zentralverwaltung für Statistik waren 1969 die Wachstumsraten fast aller wichtigeren Wirtschaftsbereiche geringer als im vorhergehenden Jahr. Darunter befinden sich u. a. das Nationaleinkommen, die Brutto-Industrieerzeugung, die Landwirtschaft, das Investitionswesen, der Transport, der von allen Wirtschaftsträgern erarbeitete Gewinn, die Arbeitsproduktivität usw. Positiv hat eigentlich nur der Aussenhandelsumsatz abgeschnitten.

Auffallend ist, dass die Erdgasindustrie, das Hüttenwesen, die Chemieindustrie (alle vorrangig entwickelte Sparten der Schwerindustrie), ferner die Holz-, Zellulose- und Papierindustrie sowie die Fleisch- und Milcherzeugung unter dem Plansoll geblieben sind.

Im Bauwesen hat sich die Produktivität zwar erhöht, aber es gab daneben — laut Planbericht — genügend andere Unzulänglichkeiten. So konnten mehrere wichtige Investvorhaben den Betrieb nicht termingerech aufnehmen. Der eingeplante Produktivitätszuwachs und die Herabsetzung der Selbstkosten erreichten in vielen Fällen nicht das gewünschte Niveau, die Materialversorgung war lückenhaft, die Baupläne wurden nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt, die Ausnutzung der Baumaschinen war ungenügend usw.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, dass die im Parteiprogramm bis Ende 1970 angekündigte Ueberflügelung der USA in der pro Kopf berechneten Industrieerzeugung voraussichtlich unerfüllt bleiben wird. Hier einige Beispiele für das Jahr 1968 aus dem Statistischen Jahrbuch der UdSSR (in Klammern: USA):

Elektroenergie: 2686 kWh (7456 kWh); **Erdöl:** 1300 kg (2239 kg); **Erdgas:** 718 Mio. m³ (2659 Mio. m³); **Stahl:** 448 kg (606 kg); **Roh-eisen:** 331 kg (403 kg); **Schwefelsäure:** 42,7 kg

(128 kg); **Chemiefasern:** 2,3 kg (10,8 kg); **Fleisch:** 49 kg (113 kg).

Besonders negativ war die Entwicklung der *Ag-rarproduktion*. Dies geht schon aus der Tatsache hervor, dass im Bericht nur über sechs pflanzliche Erzeugnisse konkrete Daten veröffentlicht werden, und auch die weisen dem Vorjahr gegenüber eine beachtliche Rückläufigkeit auf. Der Bestand an Rindern, Kühen, Schafen und Ziegen hat sich vermindert, derjenige der Schweine nahm um etwa 7% zu. Die landwirtschaftliche Bruttoerzeugung betrug 79 Milliarden Rubel. Da im Jahresplan 85 Milliarden Rubel vorgeschrieben waren, besteht ein *Rückstand* von etwa 7%.

Diese Entwicklung kam nicht unerwartet, denn Parteichef L. Breschnew kritisierte schon am Dezember-Plenum des Zentralkomitees (1969) die Verlangsamung der Wachstumsraten, die Zersplit-

terung der Investtätigkeit, die verspätete Inbetriebnahme der neuen Anlagen usw.

In ähnlichem Sinne äusserte sich auch Finanzminister W. F. Garbusow in seiner Budgetrede vor dem Obersten Sowjet Mitte Dezember des Vorjahres. Er klagte über den schnelleren Zuwachs der Durchschnittslöhne gegenüber der Arbeitsproduktivität, den zu hohen Selbstkosten usw. Bemerkenswert ist, dass die vorrangig entwickelte und mit allen Mitteln unterstützte *Chemieindustrie* ihren Plan nicht erfüllen konnte.

Um die Produktion dieser Sparte zu verbessern, kaufte man schon seit Anfang der sechziger Jahre zahlreiche komplette Anlagen in den kapitalistischen Staaten. Aber auch so konnte das gewünschte Ziel nicht erreicht werden. Ministerpräsident Chruschtschew hatte sich schon im April 1963 darüber beklagt («Trud», Moskau, 26. 4. 1963, S. 1—4), dass die aus dem Westen eingeführten Fabriken in der UdSSR wesentlich mehr Arbeitskräfte anstellen müssten als diejenigen in den kapitalistischen Staaten. Als Beispiel führte er eine aus den USA stammende Fabrik für die Verarbeitung von Schlacke an, die in Kiew 100 Arbeiter benötigt, obwohl in Amerika in der gleichen Fabrik nur 16 Arbeitskräfte tätig sind.

Das gleiche Problem musste *sechs Jahre später* die bekannte Wirtschaftszeitschrift «Woprossy» (Nr. 10/1969, S. 27—40) wieder aufgreifen. Daraus geht hervor, dass bei sechs

(Fortsetzung auf Seite 6)

«Ja, ist denn bei euch alles Import?»
«Aber nein, gar nicht, der Schnee ist von uns.»

(«Krokodil», Moskau)

Dass im Ausland eingekaufte Einrichtungen bis zur Montage (oder bis nach der Montage die lokalen Verantwortlichen ein Dach darüber gebaut haben) ungeschützt der Witterung ausgesetzt sind, ist eine alte Klage. Aber anscheinend hat sie an Aktualität nicht eingebüsst.



Rumänien und Jugoslawien

Sowjetisch-bulgarische Einheiten verschiedener Waffengattungen sollen sich während dieses Sommers, nach vorheriger Bekanntgabe ihrer Truppenstärke und Ausrüstung, ihres genauen Ankunfts- und Anreisetermins auf rumänischem Gebiet zur Abwicklung gemeinsamer Operationen einfinden.

Diese weit verbreitete Meldung wurde von der rumänischen Diplomatie ihrer Substanz nach dementiert, aber ob sich die Sowjets an das Dementi halten, das ist die Frage. In Wirklichkeit wird das Gerücht durch das Ostblock-Geschehen der jüngsten Zeit erhärtet, welches den Kreml-Druck auf Belgrad bzw. in diesem Falle Bukarest immer stärker profiliert. Nicht von ungefähr hatte Partei- und Staatschef N. Ceausescu vor seinen Militärakademikern eine patriotische Verteidigungsrede gehalten und seinen Delegierten in der Genfer Abrüstungskonferenz mit der Aufsehen erregenden Forderung beauftragt, die Weltöffentlichkeit gegen die Abhaltung von militärischen Aktionen, genau gesagt Manövern, unter wie immer gearteten Vorwänden auf fremden Hoheitsgebieten aufzurufen.

Die scharfe Reaktion der jugoslawischen Armeezeitung auf Fälschungsversuche der Sowjet-Enzyklopädie bezüglich Titos Militärgeschichte lässt keinen Zweifel darüber, dass auch die Belgrader Besorgnis wegen der Kommandogewalt der Marschälle im Kreml unverändert lebendig ist und dass sie sich in Tat und Wahrheit seit der jugoslawischen Teilmobilmachung nach dem Fünferüberfall auf die Tschechoslowakei kaum vermindert hat. Wenn Tito unmittelbar nach dem 21. August 1968 weitere bewaffnete Kurzschlusshandlungen in der UdSSR befürchten musste, dann gilt das vielleicht auch jetzt, da die Moskauer Machtkämpfe nunmehr öffentlich zutage treten und es sich seit 1945 erwiesen hat, wie sehr der Kreml seine osteuropäischen Besatzungsregimes als Grundlage für die politische Beherr-

schung dieser Gebiete betrachtet. Genau gesagt, wie wenig er von dieser militärischen Praxis abkommen will und wieviel er gleichzeitig von «Sicherheit» spricht.

Auf der Titelseite von Janos Kadars Parteiorgan «Nepszabadsag» wird an erster Stelle eine Kriegspsychose geschürt, die militärische «Quiz»-Wettbewerbe bis in die Volksschülerklassen trägt und den Anschein erweckt, Ungarn stünde schon morgen ein Angriff aus dem Westen bevor.

Beobachtet man dies, dann verwundert es nicht, dass seinerseits Rumäniens Verteidigungsminister General Ionita seinen Kadetten zweimal nacheinander zurief, «jeden Augenblick bereit zu sein, das teure Vaterland zu verteidigen» und «neben dem Pflug» der Alltagsarbeit «die Waffen bereit zu halten». Ein sinnvoller Hinweis, da die rumänische Dienstpflicht, anstelle der 24 Monate nach Warschauer-Pakt-Praxis, bloss 14 Monate beträgt und sich allgemein auf Strassen-, Bahn- bzw. Bauarbeiten erstreckt. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, wie sehr die Rumänen angesichts ihrer Erfahrungen bemüht sein müssen, sich «gemeinsame Manöver» vom Leibe zu halten! Die sommerliche Manövernachricht bezieht sich auch bezeichnenderweise bloss auf die Beteiligung zahlenmässig begrenzter sowjetischer und bulgarischer Einheiten, nachdem die Präsenz beispielsweise ostdeutscher oder gar ungarischer Truppen der jugendlichen Öffentlichkeit Rumäniens offenbar schon deshalb nicht zugemutet werden konnte, weil sich diese Länder infolge der heimatlichen Politschulung keiner besonderen Beliebtheit erfreuen. Ulbrichts und Kadars Regime sind nämlich ungefähr das, wogegen Ceausescus Jugend mit der Waffe in der Hand antreten müsste, sofern man ihr diese Systeme mit Gewalt aufzuzwingen wollte. Es dürfte deshalb ein Wink mit dem Zaunpfahl gewesen sein, wenn die «patriotischen Garden» anlässlich der Bukarester 1.-Mai-Parade 1969 mit bis zu mittel-

schweren Maschinengewehren bewaffnet marschierten.

In prophetischer Erwartung dessen, dass der Kreml durch die eigenmächtige und sinnwidrige Auslegung des Warschauer Paktes denselben zur Waffe der Niederwerfung Rumäniens umschmieden wolle und werde, redete N. Ceausescu der Stärkung seiner «patriotischen Garden» nachhaltig das Wort. Gleichzeitig nahm der Staats- und Parteichef vorweg, dass der Warschauer Pakt bloss «defensiven Charakter» habe und nur im Fall eines «imperialistischen Angriffes» wirksam werde, ja sogar seine «Gültigkeit» nach Auflösung der NATO überhaupt verliere. Während Ceausescu, im krassen Gegensatz zu allen Ostblockpolitikern, die Breschnew-Doktrin unverändert entschieden ablehnt, betont er, und das ist (obwohl von der westlichen Öffentlichkeit unbeachtet) geradezu sensationell, die rumänische Absicht, militärisch nicht nur mit den Warschauer-Pakt-Staaten, sondern auch mit den Armeen «der anderen sozialistischen Länder» zusammen zu arbeiten. Also auch mit der chinesischen, mit der albanischen und mit der jugoslawischen. Die Sowjet-Marschälle Gretscho und Jakubowski müssen sich unter diesen Umständen fragen, wieweit unter den gegebenen psychologischen Voraussetzungen eine harmonische Manöveratmosphäre überhaupt vorstellbar und sinnvoll ist. Den Gedanken einer echten Sowjetblock-Waffenbrüderschaft haben Titos Militärpädagogen vor ihren Dienstpflichtigen längst über Bord gehen lassen, während jene Ceausescus ihn sehr massgeblich einschränkten. In den Augen dieser jungen Leute ist nämlich zur Stunde der moskowitzische Sozialismus ein Sozialismus, der «aus der Kälte kommt».

Waffenübungen fremder Truppen auf rumänischem Gebiet sind, einem vorjährigen Gesetz zufolge, von der einstimmigen Billigung der Grossen Nationalversammlung, des Bukarester Parlamentes, abhängig. Aus offizieller Quelle verlautet bezüglich der Sommerkriegsspiele 1970, dass deren Plan der Volksvertretung bis zur Stunde nicht vorgelegt worden ist. J. F. Balvany

UdSSR-Wirtschaft 70

(Fortsetzung von Seite 5)

aus dem Westen importierten Chemiefabriken in der UdSSR wesentlich mehr — in gewissen Fällen sogar achtmal mehr — Arbeiter eingesetzt sind als bei den gleichen Fabriken der westlichen Industriestaaten. Diese zwei Zitate zeigen zur Genüge, weshalb die Chemieindustrie ihre Pläne nicht erfüllen konnte.

Auch die ebenfalls bevorzugte *Hüttenindustrie* ist unter ihrem Plansoll geblieben, eine Erscheinung, über deren Gründe der Planbericht sich ebenfalls ausschweigt. Etwas Näheres kann einem Bericht der «Prawda» (22. I. 1970) entnommen werden, aus dem hervorgeht, dass im Dezember 1969 die Erzgruben der Hüttenindustrie um 1 Million Tonnen weniger Erz abgeliefert haben, als im Plan vorgesehen war, woraus sich in der Stahlproduktion erhebliche Ausfälle ergaben. Ferner standen den Minen nicht genügend Güterwagen für die Erztransporte zur Verfügung.

Nach dem Parteiprogramm soll die schwere körperliche Arbeit bis 1970 restlos verschwinden.

Ueber den gegenwärtigen Stand dieses Versprechens berichtet die zitierte Nummer der Zeitschrift «Woprossy Ekonomiki», dass im Jahre 1965 noch 40,9% der in der Industrie beschäftigten Personen ihre Arbeit mit Handkraft ausgeführt haben.

Im Maschinenbau der Vereinigten Staaten entfällt auf je etwa 25 Arbeiter nur einer, der sich mit Materialtransport zu befassen hat. In der UdSSR dagegen ist in der gleichen Sparte jede dritte Arbeitskraft mit dem innerbetrieblichen Materialtransport beschäftigt. In den USA entfallen auf je 100 Facharbeiter 38, in der Sowjetunion dagegen 85 Hilfsarbeiter. Folglich sind in der sowjetischen Industrie 5 Millionen Personen für Transport- und Ladearbeiten eingesetzt. Etwa 90% der Produktionskontrolle ist nicht mechanisiert. Mehr als 75% der Instrumente müssen die Betriebe selbst herstellen. Von je 100 Betrieben erzeugen 71 den Roheisenguss, 76 die Pressstücke und 51 die Zahnräder in eigener Regie. Die Bemühungen zu einer gleichgewichtigen Entwicklung der Landwirtschaft scheinen nur Teilerfolge erzielt zu haben.

Das gilt besonders für die Viehwirtschaft, wo die

Futtermittelversorgung infolge ungenügender Rau- und Saffutterproduktion sowie unbefriedigender Heugewinnung viele Lücken aufwies.

Agrar-Spezialisierung bringt Enttäuschung

Es sei keineswegs normal, hatte Breschnew Ende des letzten Jahres vor dem dritten Kongress der Kolchosbauern erklärt, «dass ein Teil der Betriebe, die sich auf tierische Erzeugnisse spezialisiert haben, die anderweitige Produktion einschränken, obwohl alle Bedingungen zur Entwicklung von zwei oder sogar drei Zweigen erfüllt wären. Solche Betriebe werden nicht selten aus Produzenten zu Konsumenten und kaufen tierische Erzeugnisse anderswo».

Diese Bemerkung ist deshalb interessant, weil die vieldiskutierte Agrarspezialisierung eigentlich zur Verbesserung der Versorgungslage führen sollte. Praktisch wird damit in vielen Fällen eben das Gegenteil erreicht, was vor allem auf den noch immer nicht überwundenen schwerfälligen Zentralismus der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsordnung zurückzuführen ist.

Ernö Schmidt